

Information, 28.05.2024

Wann gibt es Gerechtigkeit für Rentnerinnen und Rentner?

Die meisten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie auch Pensionärinnen und Pensionäre in Deutschland erhielten einen Inflationsausgleich von bis zu 3.000 € als steuer- und abgabenfreie Zahlung. Sie soll die Auswirkungen der Inflation dämpfen. Die Gewährung kam einerseits zustande, weil es die Arbeitgeber leid waren, längere Streiks und Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretungen zu ertragen, andererseits aus Gründen der Solidarität.

Was aber geschieht mit Rentnerinnen und Rentnern? Unsere Gesellschaft und ihr sozialer Friede basiert auf Gerechtigkeit und Solidarität. Warum soll dieses jetzt plötzlich für Menschen, die Rente beziehen, anders sein oder nicht gelten? Warum wird hier jetzt mit zweierlei Maß gemessen? Von der Politik wird anscheinend erwartet oder gehofft, dass sich Rentnerinnen und Rentner ruhig verhalten. Da irren sich die Verantwortlichen. Auch Menschen, die eine Rente beziehen, müssen essen und trinken, müssen Miete zahlen, die Wohnung heizen, benötigen Medikamente. Viele Ältere leben in Altersarmut oder sind von dieser gefährdet. Alle Menschen sollten ein Leben in Würde führen können. Der Druck auf Politikerinnen und Politiker von außen muss ständig präsent sein. Rentnerinnen und Rentner müssen ebenfalls einen einmaligen finanziellen Inflationsausgleich erhalten! Dafür setzt sich das inzwischen gegründete Norddeutsche Bündnis ein.

Diesem Bündnis sind auch die meisten Bezirks-Seniorenbeiräte und der Landes-Seniorenbeirat Hamburg (LSB) beigetreten. Gemeinsam kämpfen die Seniorenvertretungen der AWO, der IG Metall, des DGB und ver.di, die Sozialverbände SoVD und VdK, die Bezirks-Seniorenbeiräte Hamburg-Nord, Altona, Eimsbüttel, Hamburg-Mitte, Harburg und Wandsbek, die Senioren-delegiertenversammlungen Hamburg-Nord, Altona und Eimsbüttel sowie der LSB jetzt für Gerechtigkeit. Dem Norddeutschen Bündnis gehören außer Institutionen und Organisationen aus Hamburg zurzeit auch die aus Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern an.

Vorläufige Höhepunkte der Aktivitäten des Bündnisses in Hamburg sind der geplante **Protestmarsch durch die Mönckebergstraße am Samstag, 15. Juni 2024**, Start um 10 Uhr vor „Saturn“, und die anschließende Kundgebung, Beginn 11 Uhr, auf dem Rathausmarkt mit Übergabe der Unterschriftenlisten an Finanzsenator Dr. Andreas Dressel.

Rentnerinnen und Rentner sind nicht bereit, wieder die Verlierer zu sein!